

Die Union braucht
mehr Mut zur Moral

Innovation im Sinne der Tradition

Mariam Lau

Der Untergang der Volksparteien gilt vielen als ausgemachte Sache. Wer sei denn schon in der Lage, noch an die fünfzig Prozent der Wählerstimmen zu mobilisieren? Es ist wahr, so eine richtige stabile Mehrheit schafft heute niemand mehr aus dem Stand.

Aber eine Volkspartei ist mehr als eine Prozentzahl. Sie ist in den Lebenswelten ihrer Mitglieder präsent, sozusagen von der Wiege bis zur Bahre, sie hat ihnen etwas zu bieten, was über bloße Steuerpolitik hinausgeht – sie hat, mit anderen Worten, eine Gesellschaftspolitik. Man könnte auch „Moral“ dazu sagen.

Die CDU unserer moralscheuen Tage ist womöglich die letzte Partei, auf die das alles zumindest in Ansätzen noch zutrifft; auch wenn sie selbst oft genug vor einem gesellschaftspolitischen Standpunkt zurückschreckt. Weil man sogar bei der CDU inzwischen „Moral“ und „reaktionär“ in eins setzt, mag sich niemand mehr zu Fragen wie Abtreibung oder Scheidung äußern – obwohl man das ja tun könnte, ohne den Menschen das Recht zu beidem abzusprechen.

Als die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel 1999 den öffentlichen Abschiedsbrief an ihren Ziehvater Helmut Kohl schrieb, war mehr oder weniger klar, was man künftig als Partei hinter sich lassen wollte. Aber wohin die Reise gehen würde, das stand in den Sternen. Die CDU „muss laufen lernen“, hatte Merkel damals geschrieben, sich „wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen“, ohne dabei allerdings „ihre Kern-

überzeugungen“ aufzugeben. Damals begann ein Abenteuer mit offenem Ausgang.

Keine andere Partei in der Bundesrepublik hat sich – oft unfreiwillig – einer derartigen Generalrevision unterzogen wie die CDU. Aber darin, und das ist das Paradoxon der deutschen Christdemokraten, ist sich keine so treu geblieben wie die Partei Konrad Adenauers. Denn zur CDU gehörte von Anfang an die Bereitschaft, auch die radikalsten Innovationen noch als Tradition umzudeuten. Der Slogan „Keine Experimente“ konnte nur notdürftig verdecken, welche enormen Umwälzungen man vorhatte. Von der Westbindung über die Soziale Marktwirtschaft bis zur Einführung des Euro hatte die Führungsspitze der Christdemokraten an den Wendemarken der Bundesrepublik immer schon von Geschichte oder Leitkultur gesprochen, wenn eigentlich etwas absolut Neues zu bewerkstelligen war.

„Kernüberzeugungen“

Es waren gerade die „Kernüberzeugungen“, die das Laufen lernten. So soll es zwar in den Grundsatzprogrammen der letzten Jahre noch immer beim staatlichen Schutz von Ehe und Familie bleiben. Aber angesichts einer gesellschaftlichen Wirklichkeit (und einer Parteispitze), in der es immer häufiger Geschiedene, Kinderlose, Singles und Homosexuelle gibt, entdeckt die Partei plötzlich eine atemberaubende Qualität des Zusammenlebens: Auf einmal ist von „Lust auf Familie“ die Rede, wo man früher von einer „Keimzelle des

Staates“ sprach. Man gesteht zu, dass auch in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften „Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind“. Entscheidend sei die Verantwortung füreinander.

Und weil man auch im neuen Parteiprogramm noch nicht einräumen mochte, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist man einfach gleich zur nächsthöheren Stufe übergegangen: Im 2007 verabschiedeten Text heißt es nun, Deutschland sei ein „Integrationsland“. Wo man sich früher über die „Ökospinner“ lustig machte, ist nun mit der größten Selbstverständlichkeit von „Bewahrung der Schöpfung“ die Rede, als wäre der Klimaschutz von Anfang an in die DNA einer christlichen Partei eingebrannt gewesen, und man hätte im Grunde nie etwas anderes gedacht.

Innovative Persönlichkeiten

Über diese Wendigkeit könnte man sich lustig machen, aber abendfüllend ist das nicht. Interessanter ist es, die Menschen zu beobachten, die diese Innovationen in Gang setzen: ein als *Hardliner* geltender Innenminister, der erbittert mit seinem Amt zu fremdeln scheint, bis er plötzlich in einem Prunkschloss des aufgeklärten preußischen Absolutismus eine Islamkonferenz eröffnet, für die es in ganz Europa kein Pendant gibt; die Mutter von sieben Kindern, die von Linken als „Magda Goebbels“ und von Konservativen als Emanze tituliert wird – Ursula von der Leyen hat die neue Familienpolitik der Union schon verkörpert, bevor sie sie „erfand“ (wofür sie auch auf Vorarbeit der SPD zurückgreifen konnte); oder eine Pastorentochter aus der Uckermark, die gelegentlich lächelnd von sich sagt, auch sie habe „einen Migrationshintergrund“. Auf dem Koordinatenkreuz der westdeutschen Politik – in dem alle Akteure irgendwie zwischen 1945 und 1968 standen – war die Kanzlerin der Bundesrepublik einfach nicht einzusortieren. Mit den

Kämpfen um die Vergangenheitsbewältigung, die Studentenbewegung, den Antisemitismus oder die RAF, mit denen man in Westdeutschland Jahrzehnte verbrachte, hatte sie einfach nichts zu tun. Der „Merkelismus“ brachte eine ganz neue Tonart ins Spiel, auch auf internationalem Parkett: einen Pragmatismus, der sich selbst nicht beim Namen zu nennen wagt. Man muss deshalb schon ziemlich genau hinsehen, um zu erkennen, dass er womöglich prinzipienfester ist als Leitkulturen, die bei Bedarf einem persönlichen Ehrbegriff geopfert werden. Auf die Frage, welches Empfinden Deutschland in ihr wecke, antwortete Angela Merkel der *Bild*-Zeitung einmal: „Ich denke an dichte Fenster! Kein anderes Land kann so dichte und schöne Fenster bauen. Ich denke auch an eine bodenständige und herzhafte Küche. Ich denke an Laubbäume, an Buchen und Eichen. Ich denke an bestimmte Vögel, zum Beispiel an Kraniche, Störche.“

Töchter bei der Stange halten

Damit können viele in der CDU gar nicht gut leben. Auch außerhalb der CDU ringen Leitartikler, von denen man bisher gar nicht wusste, wie lieb und teuer ihnen das konservative Element der Unionspolitik ist, sorgenvoll die Hände und können die CDU-Vorsitzende aus dem Osten nicht streng genug darauf hinweisen, was unter ihr alles verloren gegangen ist. Immer wieder heißt es, dem Merkelismus sei der Kernbestand der Christdemokraten geopfert worden. Bis zur Ununterscheidbarkeit sei die CDU an die SPD herangerückt; verschreckt würden sowohl die konservativen als auch die marktliberalen Wähler. Die sichtbarsten Ergebnisse, da jeweils bessere Vorschläge zu machen, waren das Betreuungsgeld für daheimziehende Eltern und die Forderung nach umfassenden Steuererleichterungen – beides ordnungspolitisch nicht unbedingt bestechende Leistungen.

Als Angela Merkel noch Kanzlerkandidatin war, ist sie einmal auf den schwäbischen Abgeordneten Georg Brunnhuber zugegangen. „Bin ich konservativ genug für euch da unten im Süden? Wird das gehen?“, hat sie ihn gefragt. Und Brunnhuber, der seit vierzig Jahren in der CDU Politik macht, hat ihr geantwortet: „Lass mal. Konservativ sind wir schon allein. Sieh du zu, dass unsere Töchter bei der Stange bleiben.“ Das war der Deal, den die Partei mit der Vorsitzenden aus dem Osten damals schloss, als man aus verschiedenen Gründen in Trümmern lag. Merkel hat sich an ihren Teil des stillen Abkommens gehalten – aber die Gegenseite hatte oft nicht die *Cojones* (spanisch für „Eier“) zu liefern. Welcher der Ministerpräsidenten, die regelmäßig von ihr das konservative Profil einklagen, ist selbst damit in eine Wahl gegangen? Wann hat sich Jürgen Rüttgers gegen Abtreibung ausgesprochen, wann Christian Wulff für die Lockerung des Kündigungsschutzes?

Abgrenzung und Übersicht einfordern

Regierungsoberhäupter wie Angela Merkel, Nicolas Sarkozy oder Barack Obama stehen am Ende einer Entwicklung, in der der Konservatismus weltweit zu Boden gegangen ist, während sich die Sozialdemokratie im Großen und Ganzen mit dem Markt ausgesöhnt hat. Es ist nicht ganz einfach, in solcher Lage markante Abgrenzungen vom politischen Gegner zu finden, zumal man auf internationaler Bühne schon froh sein kann, wenn neue Akteure wie China oder Russland sich auch nur an minimale Spielregeln fairen Handelns und Produzierens halten.

Früher hat Hans Magnus Enzensberger den Politiker immer als jemanden beschrieben, der in einer Blase lebt, nur gefilterte Luft atmet, nur seinesgleichen trifft und so weiter. Womöglich ist es heute umgekehrt: Auf den Gipfeln in

Davos, Heiligendamm oder Washington sieht man die Lage womöglich klarer als in Eschborn. Wer es vorher nicht gespürt hat, dem hat die Finanzkrise im schwarzen Herbst 2008 klargemacht, wie abhängig wir weltweit davon sind, dass diese Spielregeln gelten. Es gehört zu Merkels wichtigsten Anliegen, ihrer Partei das klarzumachen.

Gefühlter Gewinner CDU

Seit 2005 hat die CDU bei jeder Wahl Stimmen verloren. Regelrechte Erdbeben waren dabei wie der von Roland Koch in Hessen mit Einbußen von zwölf Prozent. Trotzdem war die CDU lange der gefühlte Gewinner der Großen Koalition. Im Juni 2008 hatte sie erstmals mehr Mitglieder als die SPD, inzwischen sind es 525 647. Der Anteil der Arbeiter unter den Wählern der CDU ist im Laufe der Jahre stetig angestiegen: Waren es 1998 noch 29 Prozent bei der CDU und 49 Prozent bei der SPD, hat sich der Anteil heute fast völlig nivelliert: 2005 waren es bei beiden Parteien rund ein Drittel. Selbst der Erfolg der Arbeitsmarktreformen, für die die Sozialdemokraten so heftig haben bluten müssen, geht ungerechterweise eher mit der Partei der Kanzlerin nach Hause.

Die SPD geriert sich immer mehr als Oppositionspartei an der Regierung; eine echte Verantwortung kann sie kaum noch tragen. Dass ein sächsischer Juso-Verband letztlich das BKA-Gesetz zu Fall bringen konnte, das die Koalitionsparteien zwei Jahre lang verhandelt hatten, spricht Bände. Die unionsinternen Unruhen, die Wut auf Angela Merkel ändern letztlich nichts daran: Die CDU ist unter allen Parteien diejenige mit dem ausgeprägtesten Verantwortungsgefühl für Deutschland. Damit hängt ein Problem zusammen, das die CDU jetzt im Wahlkampf mit sich herumträgt: Weil man sich als natürliche Regierungspartei empfindet – und Phasen in der Opposition als

eine Art gigantischen Irrtum, eine Aberration betrachtet –, fällt es schwer, wirklich für sich zu kämpfen. Auch fehlt ein Thema oder das, was im modernen Politikmanagement eine „Erzählung“ heißt.

„Konservativer Feminismus“

In der Familienpolitik ist das ansatzweise gelungen. Es sind zwar etliche Forderungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus dem Fundus der SPD übernommen worden. Mit dem Akzent auf der gegenseitigen Verantwortung, dem Glück des Familienlebens (statt einer Last, die der Staat den Beteiligten abnehmen muss, wie es bei der SPD heißt), hat man trotzdem etwas Eigenes, Unverwechselbares formuliert – eine Art „konservativen Feminismus“. Wenn allerdings Ursula von der Leyen nicht wäre, um diesem Familienbild Leben einzuhauchen, bliebe das doch sehr im Vagen. Noch sind die jungen Frauen, die mit dieser Politik gewonnen werden sollen, nicht in Scharen bereit, der beliebten Familienministerin und ihrer Partei auch ihre Stimme zu geben.

Ein Vergleich der Parteiphilosophie in Sachen Familie ist aufschlussreich. Im entsprechenden Passus des neuen SPD-Grundsatzprogramms von 2007, der vorsichtshalber nicht einmal Familie heißt, sondern „Die Gleichstellung der Geschlechter“ und der auch erst lange nach „Eine friedliche und gerechte Welt“ oder „Ein friedliches Europa“ auf Seite 40 kommt, steht dazu: „Die Ansprüche an Flexibilität und Verfügbarkeit in der Arbeitswelt lassen sich nur schwer vereinbaren mit Familie und Kindern. Gerade für Frauen addieren sich berufliche und familiäre Belastungen im Alltag. Eine partnerschaftliche Teilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern ist noch nicht die Regel. Ein Großteil der Familienarbeit wird auch heute noch von den Frauen geleistet, oft zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit, was eine tatsächliche Gleichstellung im Berufsleben erschwert.

Allzu oft sind Frauen vor die Alternative gestellt: Verzicht auf Kinder oder Verzicht auf Beruf.“ Familie erscheint hier als Last, die noch immer ungerecht verteilt ist, als „Familienarbeit“. Von Glück keine Spur. Der Staat ist aufgerufen, Entlastung zu schaffen. Die Hoffnungen, die gerade junge Leute mit der Familie verbinden – und die oft so hochfahrend sind, dass sie sich dann gar nicht mehr daranwagen –, spielen hier keine Rolle.

Zuwanderung steuern – Dialog suchen

Die Kombination von leistungsorientiertem Zuwanderungsrecht (es ist erlaubt zu fragen, was uns potenzielle Einwanderer nutzen) und kulturell offenem Dialog mit dem Islam hat die „Ausländerpolitik“ vom Kopf auf die Füße gestellt. Zwar ist die Bundesrepublik im Kampf um die „besten Köpfe“ noch lange nicht da, wo sie ihrer demografischen Lage nach sein müsste. Aber weil die Union offen ist für die Klagen der „weißen“ Deutschen aus der Unterschicht, in deren Vierteln sich durch die Zuwanderung am meisten verändert, ohne sich Ressentiments zur Richtschnur zu machen, findet sie zu einer neuen, modernen Zuwanderungspolitik. Denn inzwischen hört sie auch der anderen Seite zu. Sogar einen ganz neuen Feminismus angesichts von Zwangsehen und familiärer Gewalt hat die Union für sich entdeckt. Soll Zuwanderung in Deutschland aber wirklich eine Erfolgsgeschichte werden, muss sich das deutsche Sozialsystem ändern. Dass es leichter ist, in die Sozialsysteme einzuwandern als auf den Arbeitsmarkt, hat mehr Integration verhindert als jedes Ressentiment.

Schwachpunkt Sozialpolitik

Die Sozialpolitik ist auch die größte konzeptionelle Schwäche der Unionsparteien. Hin- und hergerissen zwischen der „Herz-Jesu-Sozialpolitik“ rheinischer

Prägung und dem Marktliberalismus des Leipziger Parteitages, hat die CDU bisher nicht die Kraft gefunden, konsequent den Weg weiterzugehen, den die SPD unter Gerhard Schröder beschritten (und teuer bezahlt) hat. Abgesehen von der Rente mit 67 – die im Wesentlichen auf Initiative des früheren Vizekanzlers Franz Müntefering zurückgeht –, ist es der Union nicht gelungen, da ein eigenes Profil zu entwickeln. Das Rückgrat, das die Ministerpräsidenten bisher in dieser Frage nicht gezeigt haben, die Haltung der CSU und die Stimmung im Land geben nicht viel Hoffnung, dass es nach der nächsten Wahl besser wird – auch wenn die Kanzlerin dann wieder Angela Merkel heißen sollte.

Christlicher Glaube als Anker

In der Gesellschaftspolitik ist es sehr still geworden um die CDU. Konservative und Marktliberale klagen, Merkel verziehe sich da ins Ungefähre. Sie sei eine Fremde geblieben, verstehe die Partei nicht, deren „schwarzes Herz blutet“. Aber es ist nicht Merkel, die sich vor den Kirchen des Landes postiert und Unionsmitglieder am Betreten hindert. Kein CSU-Vorsitzender hat von ihr die Weisung erhalten, sich nicht mehr gegen die Abtreibung zu äußern. Der Erosionsprozess kommt von innen, nicht von außen, auch wenn viele das nicht wahrhaben wollen. Ist es für einen Katholiken wichtiger, über *Donum Vitae* auch mit Frauen in Not ins Gespräch zu kommen, oder ist die Reinheit der Lehre das Wichtigste? Das kann nicht die Protestantin Angela Merkel entscheiden. Was politische Christen glauben, muss zu ihrem Leben passen.

„Ich muss leider sagen“, stellte der Kölner Kardinal Joachim Meisner in einem Interview im Jahr 2008 bitter fest, „dass die CDU sich bei christlich denkenden Menschen zunehmend selbst entwurzelt.“ Selbst in Bayern, so der Kardinal, stehe vielfach nur noch ein „baro-

ckes Gehäuse“, das nur notdürftig über „manche Hohlheit hinwegtäuscht“. Tatsächlich ist die privilegierte Partnerschaft zwischen den Christdemokraten und den Kirchen, zumal der katholischen Kirche, porös geworden. Nicht nur kulturell tun sich Gräben auf mit den Geschiedenen, den Unverheirateten, den Patchworkfamilien in der Parteispitze – solche persönlichen Umstände hätten in den Achtzigerjahren ein Spitzenamt ausgeschlossen. Noch nie zuvor hat sich die CDU – wenn auch in höflichsten Worten – die Einmischung der Kirche in ihre Debatten so dezidiert verboten. Da löst sich etwas. Und zum Bedauern solcher CDU-Politiker wie Wolfgang Bosbach, der die alten Bande gern aufrechterhalten würde, ist das oft nicht eine leidenschaftliche Auseinandersetzung, sondern mehr ein verdrukstes Wegducken und Wegbröseln. So reagierte der Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) auf die Vorhaltung, die Partei habe mit der Verschiebung des Stichtags für Stammzellenforschung das christliche Menschenbild verraten und den Anspruch auf das „C“ verwirkt, einigermaßen lahm: Die katholische Kirche sei gegen die Lockerung der derzeit geltenden strikten Regeln für die Stammzellforschung, die evangelische Kirche aber dafür. Man könne daher nicht sagen, wer für eine Stichtagsverschiebung eintrete, verstoße gegen christliche Prinzipien.

Distanz zwischen Kirche und Union

Es gibt Kreisverbände und Ortsvereine, die Wallfahrten organisieren. Eine Vielzahl christlicher Politiker denkt aber wie der Berliner Pater Klaus Mertes: „Man sollte den Glauben nicht wie eine Monstranz vor sich hertragen.“

Die Passage im Grundsatzprogramm, in der es heißt: „Aus dem christlichen Glauben lässt sich nicht unmittelbar ein politisches Programm ableiten“, leuchtet vielen schon instinktiv ein. Mertes, Leiter

des katholischen Berliner Canisius-Kollegs, nimmt unerschrocken das Wort von der Mission in den Mund, die ein Christ auch in der Begegnung mit anderen Religionen habe. Renaissance der Religion, das wollte man sich hier wohl gern gefallen lassen, Papstbegeisterung, Antimaterialismus, alles gut, aber Mission? „Wenn ich der Union eines raten kann“, so der Schulleiter, „dann Abstand zu nehmen von dem Versuch, die neue Sehnsucht nach religiöser Erfahrung auf ihre Mühlen leiten zu wollen.“

Die größere Distanz zwischen Kirche und Union erscheint vielen gläubigen CDU-Politikern zum Teil sogar als Gewinn. Unter katholischen Abgeordneten lösten die Äußerungen des Kölner Kardinals Meisner über die „Selbstentwurzelung“ der CDU bei den Christen einige Unruhe aus. Andeutungen von katholischer Seite, zum Teil stoße man bei den Grünen schon auf mehr Verständnis als in der CDU, gerade wenn es um den Lebensschutz gehe, werden aus der CDU energisch zurückgewiesen. „Ich empfehle den Kirchen“, so sagt die kirchenpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Ingrid Fischbach, „die Stellungnahmen der Grünen-Fraktion zu Spätabtreibungen oder zum Paragraphen 218 zur Kenntnis zu nehmen. Da werden sie Standpunkte finden, die sie nicht erfreuen werden. Die Union ist den christlichen Kirchen näher als alle anderen Parteien.“ Zwar überwiegen unter den Mitgliedern der CDU noch immer die Katholiken gegenüber den Protestanten im Verhält-

nis von circa drei zu eins, ungefähr dreihunderttausend Mitglieder von insgesamt über einer halben Million sind katholisch. Aber die Protestanten holen auf, ebenso wie die Nichtgläubigen. Inzwischen hat sich eine Art Äquidistanz zu beiden Kirchen herausgebildet.

Mehr „spirituelle Landschaftspflege“

Mit einer protestantischen Bundeskanzlerin, die offen ihrer Sympathie für die Hannoveraner Bischöfin Margot Käßmann Ausdruck verleiht, einer Familienministerin, die in ganz schwarzen Gegenenden inbrünstig verteufelt wird, und einer Ost-Erweiterung der CDU, die insgesamt mehr Protestanten in die Partei gebracht hat, ist der Proporz endgültig ins Wanken geraten. Und weil die Kirchen ebenso stetig Mitglieder verlieren wie die Parteien, treten sie immer öfter gemeinsam auf die Koalitionsparteien zu – als klassische Lobbyisten.

Spätabtreibungen, die Initiative Pro Reli (für den Religions- statt Ethikunterricht als Wahlpflichtfach an staatlichen Schulen) in Berlin, Patientenverfügungen, irakische Christen – das sind Herzensanliegen der christlichen Gegenwart. Das Konrad-Adenauer-Haus könnte sich ruhig mutiger daranmachen, dem Gespräch über diese Themen ein Zuhause zu geben. Die „Basis“ hungert geradezu nach so etwas. Wenn die letzte Volkspartei nicht auch noch austrocknen soll, braucht sie mehr „spirituelle Landschaftspflege“. Der Boden dafür ist da.

Ideologischer Glutkern

„Es gehört zum ideologischen Glutkern der Debatte um die Kinderporno-Sperre, dass deren Kritiker den kategorialen Unterschied zwischen einem offenen System wie dem der Bundesrepublik und einer Diktatur wie in China oder Iran partout nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die Sperrung von Internetseiten, die verbotene Kinderpornografie verbreiten, haben frei gewählte Abgeordnete eines freien Parlaments beschlossen.“

Heinrich Wefing am 9. Juli 2009 in *DIE ZEIT*